

Mehr als 31 Millionen an Cook-Reisende

BERLIN Als Ausgleich für geplante Reisen mit dem insolventen Anbieter Thomas Cook hat der Bund bisher mehr als 31 Millionen Euro gezahlt. In rund 21 100 Fällen hätten Pauschalreisende bereits Geld zugesprochen bekommen, teilte das Justizministerium am Mittwoch mit. 89 000 Reisende haben sich demnach gemeldet, aber noch lange nicht alle die geforderten Unterlagen eingereicht. Noch bis zum 15. November könnten Anträge gestellt werden. Fehlende Dokumente könnten auch später noch nachgereicht werden.

Die deutsche Thomas Cook, die in den Sog der Pleite der britischen Mutter geraten war, hatte am 25. September vergangenen Jahres Insolvenzantrag gestellt. Das Unternehmen hatte schrittweise alle gebuchten Reisen abgesagt, auch wenn sie bereits ganz oder teilweise bezahlt worden waren. Die Bundesregierung entschied im Dezember, betroffenen Pauschalreisenden jenen Teil ihrer Ausgaben zu erstatten, den weder die Zurich-Versicherung noch Dritte ausgleichen. Voraussetzung ist allerdings, dass Kunden ihre Ansprüche zuvor beim Insolvenzverwalter gemeldet und bei der Versicherung geltend gemacht haben. *dpa*

Kurz notiert

Stellenindex gestiegen

NÜRNBERG Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist im Oktober leicht gestiegen. Das geht aus dem am Mittwoch von der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg veröffentlichten Stellenindex BA-X hervor. Der Index sei im Oktober im Vergleich zum September um vier auf 98 Punkte gestiegen. Der Referenzwert 100 bildet den Jahresdurchschnitt 2015 ab. Die gemeldete Arbeitskräfteanfrage hat sich damit nach dem pandemiebedingten Einbruch weiter erholt. Den Vorjahreswert unterschreitet der BA-X jedoch immer noch deutlich – um 23 Punkte. Die Bundesagentur für Arbeit wird am Donnerstag ihre offizielle Arbeitsmarktstatistik für den Monat Oktober veröffentlichen. *dpa*

Boeing streicht Stellen

CHICAGO Der US-Luftfahrtgigant Boeing plant nach einem erneuten Quartal mit roten Zahlen und starken Geschäftseinbußen den Abbau zahlreicher Jobs. Vorstandschef Dave Calhoun teilte am Mittwoch in einem Memo an die Belegschaft mit, dass die Mitarbeiterzahl bis Ende 2021 auf rund 130 000 reduziert werden dürfe. Anfang 2020 hatte Boeing noch ungefähr 160 000 Beschäftigte. Der stark unter der Corona-Krise leidende Konzern hatte in den Vorquartalen bereits drastische Stellenstreichungen angekündigt. Zunächst war die Rede von zehn Prozent der Belegschaft, vor drei Monaten hieß es dann, dass bis zum Jahresende rund 19 000 Mitarbeiter den Konzern verlassen würden. *dpa*

Gewinn für Fiat Chrysler

LONDON/AUBURN HILLS Der Autobauer Fiat Chrysler (FCA) hat im dritten Quartal einen Milliardengewinn eingefahren. Unter dem Strich lag der Nettogewinn bei 1,2 Milliarden Euro, wie das Unternehmen am Mittwoch in London mitteilte. Ein Jahr zuvor hatten hohe Abschreibungen in der kriselnden Europa-Sparte zu einem Verlust von 179 Millionen Euro geführt. Weil der Konzern vor allem im wichtigen US-Geschäft teurere Autos über günstigere Vertriebswege verkaufte, konnte Fiat Chrysler trotz geringerer Auslieferungen beim bereinigten Ergebnis vor Zinsen und Steuern ein Plus von 16 Prozent auf 2,3 Milliarden Euro verbuchen. Der Umsatz sank derweil um sechs Prozent auf 25,8 Milliarden Euro. Die Nordamerika-Sparte steht bei FCA für mehr als 70 Prozent des Umsatzes, in den restlichen Sparten erwirtschaftete der Konzern zusammengenommen weiter rote Zahlen. *dpa*

Von unserem Redakteur Heiko Fritze

Luftfilter als Schutz gegen das neuartige Coronavirus boomten – erst recht, weil der Winter bevorsteht und Lüften in Schulen und Büros damit zunehmend zu einer frostigen Angelegenheit wird. Kein Wunder, dass inzwischen mehrere Hersteller entsprechende Angebote auf den Markt gebracht haben – wobei manche sogar schon seit längerem aktiv sind. Unter anderem zählt hier die Firma Greentec aus Neuenstadt zu den regionalen Anbietern. Einziges Problem: Obwohl der Bund 500 Millionen Euro für die Lüftungs-Nachrüstung der Schulen bereitstellt, sind ausgerechnet diese mobilen Geräte und dezentralen Lösungen nicht förderfähig. Ein Überblick.

■ **IKG, Güglingen:** Schon vor neun Jahren hat das Unternehmen IKG Industrie Kälte GmbH aus Güglingen ein Lüftungsgerät mit passender Filtertechnik entwickelt. Es wird von einem Lüftungsanlagenhersteller produziert und von IKG vertrieben. „Das Gerät wurde ursprünglich für Schulen entwickelt und erhielt dafür einen Innovationspreis“, berichtet Geschäftsführer Marcus Eberhardt. Nun sei es für die Anwendung gegen das Sars-CoV-2-Virus modifiziert worden. „Wir sind mit sehr vielen Schulen und Firmen im Gespräch“, berichtet er. Hauptsächlich handle es sich dabei noch um private Schulen und Internate, da die staatliche Finanzierung noch nicht geklärt ist. „Immer mehr staatliche Schulen sind sehr interessiert“, sagt Eberhardt. „Derzeit sind wir mit Spenden der Eltern daran, die ersten Schulen auszustatten.“ Die Anlage arbeitet im Quellluftprinzip und nicht im Mischluftprinzip: Die Aerosole werden nicht unkontrolliert durch den Raum gemischt, wie das etwa bei Luftreinigern passiert, sondern sie steigen mit der Thermik auf und werden oben abgesaugt. Dadurch müssten keine Fenster mehr geöffnet werden und das Gerät eigne sich auch für fensterlose oder denkmalgeschützte Räume.

■ **AFS, Untermünkheim:** „Die Herausforderung ist nicht, die Luft zu filtern und von infektiösen Aerosolen zu befreien“, sagt Kai Kuppinger, Geschäftsführer von AFS Airfilter Systeme in Untermünkheim. „Das Problem besteht darin, die gefilterte



Verschiedene Wege zu virenfreier Luft

REGION Mehrere Hersteller aus Heilbronn-Franken haben Lüftungsgeräte und Lacke im Kampf gegen Corona auf den Markt gebracht



Das Gerät von IKG steht unauffällig an der Seite des Raums. Foto: IKG



Das Gerät von AFS hat große Verteilerdüsen. Fotos: AFS, N. Studio/stock.adobe.com



Der Luftreiniger von Rosenberg kann auf Aktenschrank stehen. Foto: Rosenberg

Keime mit Radikalen vernichten

Mit einem Spraysystem rückt das dänische Unternehmen **ACT Global** Keimen zu Leibe: Die Firma hat zusammen mit dänischen Wissenschaftlern eine Flüssigkeit entwickelt, die wie mit einer Gartenspritze im Raum versprüht werden kann und anschließend monatelang wirkt. Dabei werden durch Licht und in der Luft vorhandenem Wasserdampf freie Radikale erzeugt, die alle mikrobiellen Keime vernichten, erläutert Geschäftsführer Simon Lagaard-Dengel. „Wir haben nichts anderes gemacht, als einen natürlichen Prozess zu kopie-

ren“, erzählt er. „Das ist wesentlich sinniger, als alles mit Alkohol oder anderen Giften zu desinfizieren.“ Zumal ethanolhaltige Desinfektionsmittel rasch verfliegen – und damit die Wirkung weg ist. Dennoch führe das Mittel von ACT auch nicht zu Resistenzbildung bei den Keimen. „Es ist kein Allheilmittel, aber es schafft doch eine sicherere Umgebung“, sagt der Geschäftsführer. Das belegten alle nötigen europäischen Zulassungen. „Wir können das Virus nicht zu 100 Prozent verbannen. Aber wir können helfen.“ Hergestellt wird das

Mittel in Dänemark, vertrieben wird es europaweit von Eberstadt aus. Auf dem Markt ist es seit 2018, seitdem besteht auch das hiesige Vertriebsbüro. Die Technologie dahinter erinnert an einen neuartigen Lack des Untergruppenbachers Herstellers **Haering**. Auch dort wurde eine Substanz hinzugefügt, die mit Licht reagiert und freie Radikale erzeugt, die wiederum keimtötend wirken. Haering hatte den Lack schon lange vor der Corona-Pandemie entwickelt und ihn vor Monaten auf den Markt gebracht. *frz*

EU-Regeln für Mindestlöhne geplant – Deutschland müsste nachbessern

BRÜSSEL Für Mindestlöhne fordert die EU-Kommission erstmals konkrete Vorgaben, die auch in Deutschland zur Anhebung der Lohnuntergrenze führen könnten. Ziel ist, dass Geringverdienende überall in der EU mindestens 50 Prozent des Durchschnittslohns oder 60 Prozent des sogenannten Medianlohns im eigenen Land bekommen,

wie die Kommission am Mittwoch erklärte. Der Median wird auch mittlerer Lohn genannt und ist eine Rechengröße: 50 Prozent der Arbeitnehmer verdienen mehr, 50 Prozent weniger. In Deutschland liegt der Mindestlohn mit derzeit 9,35 Euro pro Stunde deutlich unter den genannten Werten. Nach Angaben der Kommission gilt jede sechste

Arbeitskraft in der EU als Geringverdiener, die Mehrheit davon Frauen. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Richtlinie soll gegensteuern. Sie sieht unter anderem vier Kriterien für „angemessene“ Mindestlöhne vor: die Kaufkraft, Größenordnung und Verteilung der Bruttolöhne, der Anstieg der Bruttolöhne sowie die Produktivität.

Deutschland und die übrigen 20 EU-Länder mit gesetzlichen Mindestlöhnen müssten demnach die Art überprüfen, wie Mindestlöhne festgesetzt werden. In Deutschland ist dafür eine Mindestlohn-Kommission zuständig, in der Gewerkschafter, Arbeitnehmer und Experten sitzen. Die EU-Kommission betont, dass es

nicht etwa um einheitliche Mindestlöhne in allen EU-Staaten gehe und dass vorhandene Systeme, Traditionen und nationale Besonderheiten berücksichtigt werden. Denn die EU-Verträge setzen Brüssel enge Grenzen: Die EU darf keine Lohnhöhen vorgeben über den Vorschlag müssen nun EU-Staaten und Europaparlament beraten. *dpa*

BASF rechnet weiter mit Erholung

Beim Chemieriesen laufen die Geschäfte in diesem Herbst bislang wieder besser – Stellen werden gestrichen

Von Michaela Nehren-Essing, dpa

LUDWIGSHAFEN In der Corona-Krise setzt der Chemiekonzern BASF weiter auf eine Erholung im Schlussquartal. „Der Oktober läuft bisher so, wie wir ihn uns vorstellen“, sagte Unternehmenschef Martin Brudermüller am Mittwoch. Das Dax-Unternehmen bestätigte bei der Vorlage der endgültigen Zahlen für das dritte Quartal die jüngst ausgegebenen Jahresziele.

„Die Lücke zwischen den durchschnittlichen täglichen Auftragseingängen schließt sich allmählich“, sagte Brudermüller. Die Auftragsengänge lägen im Oktober leicht unter dem Vorjahresmonat. Die Kunden blieben wie schon in den Quartalen zuvor sehr vorsichtig und bestellten häufiger geringere Mengen. Für das laufende Jahr peilen die Ludwigshafener weiter einen Um-

satz von 57 bis 58 Milliarden Euro an nach 59,3 Milliarden im Vorjahr. Der operative Gewinn vor Sondereinflüssen dürfte sich auf 3 bis 3,3 Milliarden Euro belaufen nach 4,6 Milliarden im Jahr 2019. In der Prognose unterstellt BASF allerdings, dass es nicht zu neuerlichen starken Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivität zur Eindämmung der Corona-Pandemie kommt.

Homeoffice Derzeit erleben alle, wie schnell sich die Rahmenbedingungen wieder ändern können, sagte Brudermüller. BASF habe deshalb erneut strengere Maßnahmen eingeführt, die über den Sommer nicht mehr nötig waren. Zum Schutz von Kunden und Mitarbeitern baue das Unternehmen derzeit wieder stärker auf die Arbeit aus dem Homeoffice. Im dritten Quartal musste der Konzern wie bereits be-



In der Corona-Krise setzt der Chemiekonzern BASF weiter auf eine Erholung im Schlussquartal. Foto: dpa

kannt Wertberichtigungen in Höhe von 2,8 Milliarden Euro vornehmen. Deshalb wies das Unternehmen für diesen Zeitraum einen Verlust vor Zinsen und Steuern (Ebit) in Höhe von 2,6 Milliarden Euro aus. Rechnet man den negativen Effekt he-

raus, erzielte BASF einen operativen Gewinn von 581 Millionen Euro nach etwas mehr als einer Milliarde Euro im Vorjahr. Nach Steuern und Anteilen anderer Gesellschafter blieb ein Verlust von 2,1 Milliarden Euro übrig nach einem Gewinn von

911 Millionen Euro ein Jahr zuvor. Der Umsatz schrumpfte wegen der Folgen der Corona-Pandemie im Jahresvergleich um fünf Prozent auf 13,8 Milliarden Euro.

Sorgen BASF bereitet das Coronavirus und die schwache Nachfrage der Autobranche bereits seit einigen Monaten Sorgen. „Unser Fokus liegt auf weiteren Kostensenkungen“, sagte Brudermüller. Zuletzt verschärfte der Konzern deshalb noch einmal seinen Sparkurs. Bis zu 2000 Stellen weltweit will das Unternehmen in seiner entstandenen Dienstleistungseinheit „Global Business Services“ bis Ende 2022 abbauen. Im Zuge einer Neustrukturierung, die vor der Corona-Krise angestoßen wurde, sollen insgesamt 6000 Stellen wegfallen, ungefähr die Hälfte davon am Stammsitz Ludwigshafen.